Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769 Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 200. | Dresden, Mittwoch den 30. August 1911. | 22. Jahrg.

Wiener Hofpolitik.

Wien, am 28. August.

-th- Immer plastischer, immer deutlicher in allen einzelnen Zügen bildet sich das Charakterbild des Thronfolgers aus. Noch erscheint er nicht, noch spricht er nicht öffentlich. Aus dem Dunkel hervor greift seine mächtige Hand in das Getriebe. Aber seine Taten werden die Herolde seiner Art, und geschäftige, geschwätzige Diener plaudern die Geheimnisse ihres Herrn aus, die Geheimnisse der monarchischen Zukunft Oesterreichs. Franz Ferdinand hat Schönaich gestürzt. Alle Gründe für diese Handlung, die man anführt, laufen in einem zusammen: der Kriegsminister hatte nicht strammen Gehorsam genug. Und dann: Der Kriegsminister ist Soldat, ist sogar ein eifriger Parteigänger aller militaristischen Vergrößerungsprogramme, aber ein Hauch des modernen Lebens hat ihn berührt. Er glaubt, gewisse Konzessionen an die Wünsche des Volkes machen zu müssen und seine Knie wetzen keinen Betschemel. Seine Wehrvorlagen suchen eine außerordentliche Verstärkung des Heeres durch die noch dazu lückenhafte Einführung der zweijährigen Dienstzeit und durch die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Militärgerichtsverfahrens zu erkaufen. Das ist die süße Lockspeise. Aber der Thronfolger vertraut mehr der Peitsche. Die Verstärkung des stehenden Heeres wünscht er auch, wünscht er erst recht. Allein es soll trotz des gewaltig gesteigerten Kontingents die dreijährige Dienstzeit beibehalten und es soll weiter heimlich und schriftlich im Heere judiziert werden. Die deutschen Spuren schrecken ihn. Wie wenn die Soldatenschindereien, wie wenn die ungleiche Behandlung der Offiziere und der Soldaten vor dem Richter zu einer öffentlichen Angelegenheit würden? Heute schweigen die Blätter, müssen schweigen, weil sie nichts erfahren. Die Ruhe des Grabes, das Dunkel des Grabes deckt die Vorgänge der Kaserne zu. Franz Ferdinand hat auch sonst Ruhe und Finsternis gerne.

Das weiß Schönaich, deswegen hat er, wie das wohlunterrichtete klerikale Grazer Volksblatt erzählt, seine Vorlagen, statt sie zuerst vor den Thronfolger, als den Oberkommandanten, unmittelbar vor den Kaiser gebracht und dessen Zustimmung erwirkt, die bei Franz Ferdinand nie zu erlangen gewesen wäre. Erst als er die Unterschrift des Herrschers hatte, unterbreitete er die Vorlagen auch dem Thronfolger. Das war nun eine bloße Formalität, da einmal der Wille des Kaisers gebunden war. Mit diesem Moment — so erzählt das genannte Blatt weiter — war, zumal sich derselbe Vorgang auch bei anderen wichtigen Arbeiten und im Laufe der Verhandlungen des Kriegsministers mit den beiden Regierungen über die Wehrvorlagen wiederholte, das Schicksal Schönaichs besiegelt. Und es war kein Geheimnis mehr, daß er, nachdem er seine Absicht, die Wehrvorlage an die Regierungen nach seinem Plane zu überreichen, durchgesetzt hatte, demissionieren müsse. Da aber einige Erzherzöge an der Seite des Schönaich standen und ebenfalls gegen den Thronfolger Front machten, verlangten diese, daß wenn Schönaich demissioniere, auch der Chef des Generalstabs Konrad von Holzendorf, der mit dem Thronfolger gewirkt hatte, durch eine andere Person ersetzt werden müsse. Auch das wurde erreicht, und es dürften mit großer Sicherheit nach den Kaisermanövern Veränderungen durchgeführt werden.

Ist es nicht wunderhübsch zu sehen, unter was für Voraussetzungen sich die monarchische Willensbildung vollzieht. Hier der Thronfolger: er stürzt den Kriegsminister, weil dieser sich verfassungsmäßig an den obersten Kriegsherrn wendet, um dessen „Voraktion" für einen Gesetzentwurf zu erlangen. Die Korrektheit seiner Handlungsweise nützt ihm nichts, der greise Kaiser vermag seine eigenen Rechte nicht mehr zu verteidigen. Auf der anderen Seite die „Erzherzöge". Sie gönnen dem Thronfolger den Sieg nicht, der ihm ein ausschließliches Entscheidungsrecht vermitteln würde, darum verlangen sie den Kopf seines Freundes und kriegen ihn, weil unter den Gegnern des Thronfolgers auch der Erzherzog Salvator, Gemahl der Tochter des Kaisers, sich befindet. Der Kampf war übrigens sehr heftig, dauerte mehrere Monate und schlug in die Oeffentlichkeit hinüber. Der Thronfolger ließ den Kriegsminister in der klerikalen Presse für alle Schäden der Armee verantwortlich machen und des Verrats der Armee an Ungarn bezichtigen. Schönaich griff selber zur Feder, veröffentlichte anonyme Artikel, die ganz deutlich ihre den Thronfolger angreifende Tendenz zu erkennen gaben. Diese Artikel legte nun der Thronfolger dem Kaiser vor. Der hegt die tiefste Scheu vor jeden Eklat. Ein Kriegsminister, der schreibt oder schreiben läßt! Da mußte er gehen.

Aber auch Konrad von Holzendorf? Wird auch sein Schicksal sich erfüllen. Das muß man erst abwarten. Konrad ist das Haupt der Kriegspartei und sein Tag- und Nachtgedanken der Kampf mit Italien. Aber gegen Italien richtet sich auch die Abneigung des Thronfolgers. Solche Harmonie sollte dauernd gestört bleiben? Schlimmstenfalls wird er auch außeramtlich seinen Einfluß behalten. Trotz der Blamage der letzten mährischen Manöver gilt er — er hat viele Freunde, die Tonner des kommenden Herrn — als bedeutender General. Und wamm will der Thronfolger jetzt seine Heersäulen gegen Italien richten? Der zweite katholische Ferdinand haßt die „Räuber des Kirchenstaats" und seine Gemahlin, die gewesene Gräfin Chotek, jetzige Herzogin von Hohenberg, spielt erst recht mit den Pfaffen unter einer Decke. Will sie etwa einen päpstlichen Dispens erlangen, der den Thronfolger des Eides entbände, durch den er sich verpflichtet hat, weder Frau noch Söhne in den habsburgischen Familienverband aufzunehmen? Für sich und ihren ältesten Sohn die Krone zu erwerben — das wird ihr als Ziel des Ehrgeizes nachgesagt. Und man erzählt von den wilden Intrigen, die jetzt den greisen Herrscher umgeben. Die Chotek, arm wie eine Kirchenmaus, war nicht einmal Hoffräulein, sondern Erzieherin der Tochter des Erzherzogs Friedrich. Nun soll die stolze Erzherzogin, die Gemahlin des reichsten Mitglieds der Familie, ihre einstige Angestellte als Gattin des Thronfolgers neben sich dulden? Man hat Versöhnungsbegegnungen veranstaltet, aber den rührenden Szenen folgte der Ausbruch neuen Haders auf dem Fuße. Karl Franz Josef, der Sohn der sächsischen Gemahlin des verstorbenen Otto, wäre der Thronerbe nach Franz Ferdinand. Als Thronerbe wird er erzogen. Welche Ueberraschung, daß er die Zita Bourbon heiratet, aus einer Familie, wo sechs Geschwister der Geistesumnachtung verfallen sind? Der Volksmund sagt: Diese Ehe hat die Herzogin Hohenberg-Chotek gefingert. Und welche heimlichen Kämpfe gehen nicht von der Tochter des Kaisers aus. Wallsee und der Belvedere sind die beiden Gegenpole der Beeinflussungen. Aber die kleine Gräfin Chotek geht auch nähere, kürzere Wege. Wenn sonst nichts gelingt, will sie ihren Kindern wenigstens einen ungeheuren Reichtum rüsten. Drum wird auf Schloß Konopisch und im Belvedere geknickert und gespart, werden die skandalösesten Schmutzereien an den Bediensteten und Arbeitern begangen. Doch auch im kaiserlichen Haushalt gilt es für fünfzehn Enkel und Enkelinnen, bayerische und österreichische, ein großes Erbe zu sammeln. Es ist bekannt, daß die Tochter des Kaisers, die Valerie, als der Herrscher zwei Millionen für eine Kunstakademie in Prag gewidmet hatte, um den Hader der Nationen zu schlichten, so lange dem Kaiser mit Klagen und Szenen — er verschleudere das Gut seiner Enkel — zusetzte, bis er die Spende zurückzog. Es fand sich ein Prager Millionär, der Baron werden wollte. Dieser sprang als Spender ein. . . . Sie sind nicht immer erhaben, die Einzelheiten des monarchischen Haushalts.

Patrioten.

Zu einer Zeit, wo die Befürchtung noch nicht ganz erloschen ist, daß Deutschland in einen Krieg verwickelt werden könne, hat man sich natürlich auch die Frage vorgelegt, wo das Vaterland die zur Kriegführung notwendigen Gelder hernehmen solle. Da ist es denn für uns Sozialdemokraten höchst lehrreich zu sehen, daß hierüber in den Kreisen der besitzenden „Patrioten" noch genau dieselben Anschauungen herrschen wie vor 40 Jahren. Damals nämlich strahlte ihre „Opferwilligkeit" im hellsten Glanze. Genosse Bebel, der es selber mit durchgemacht hat, schreibt darüber in seiner Broschüre „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr":

„Als im Jahre 1870 der Krieg mit Frankreich ausbrach und der Norddeutsche Bund eine Kriegsanleihe von 100 Millionen Talern ausschrieb, die er mit 5 Prozent verzinste, und bei der er für 80 geliehene Taler eine Schuldverschreibung für 100 bot — also Wuchervorteile in Aussicht stellte — ließ die deutsche Kapitalistenklasse das Vaterland im Stich. Die Anleihe wurde nicht voll gezeichnet. Erst als die Siege von Weißenburg und Wörth die Garantie gaben, daß das Geld sicher sei, fand sich der nötige „opferwillige Patriotismus"."

Wer nun glauben sollte, daß heute die deutsche Kapitalistenklasse, die seither doch wahrlich Vorteile genug vom Vaterlande eingeheimst hat, anders über solche Dinge denkt, der würde böse irren. Dem Arbeiter sagt man wohl, daß der wahre Patriot Gut und Blut freudig fürs Vaterland opfern müsse. Aber auf sich selbst diese patriotische Mahnung anzuwenden, hüten sich die Kapitalisten. In all den Erörterungen, die seit Wochen und Monaten in der kapitalistischen Presse gepflogen werden über die Frage der Kriegskostendeckung, ist der Gedanke nicht enthalten, der hiernach der einzig selbstverständliche wäre: der Gedanke nämlich, daß die Leute, die es dazu haben, dem Vaterlande in der Not das Geld einfach geben müßten. Im Gegenteil! Als im Juni d. J. im preußischen Herrenhause der Bankdirektor Gwinner meinte, man müsse im Fall eines Krieges zunächst einmal die Vermögenssteuer von ½ pro Mille auf 1 Prozent erhöhen, wurde ihm höhnisch zugerufen: „Warum nicht gleich auf 100 Prozent!" Demnach betrachten die Reichen es als eine unerhörte Zumutung, daß sie in Kriegsnöten irgend etwas von ihrem Mammon dem Vaterlande opfern sollen.

Nun versteht es sich ja von selbst, daß trotzdem im Ernstfall die Regierung genötigt sein würde, zunächst einmal, um dem ersten dringenden Bedürfnis abzuhelfen, die Steuerschraube anzuziehen. Nur kann man sich nach diesem Vorspiel leicht denken, daß auch dann wieder der Hauptteil der Last in Form indirekter Abgaben den armen Leuten aufgehalst werden soll. — Im übrigen ist man sich in der kapitalistischen Welt einig, daß auf diesem Wege nur ein kleiner Teil der Kriegskosten aufgebracht werden kann, denn — so erzählt die Finanzpresse in holder Naivität — die Regierung muß streng darauf sehen, daß der Krieg im Lande „nicht unpopulär" wird. Womit denn zugegeben ist, daß bei den Besitzenden die Begeisterung für den Krieg mit demselben Augenblick verflogen sein wird, wo sie ihn mit ihrem eigenen Gelde bezahlen sollen.

Um die „Unpopularität" des Krieges zu vermeiden, ist man also, wie gesagt, schon jetzt eifrig bei der Arbeit, andere Einnahmequellen zu finden. Als zweite ist die Ausgabe von ungedecktem Papiergeld vorgeschlagen worden. Mit Recht hat man sie jedoch allgemein abgelehnt, und es ist wohl auch kaum zu befürchten, daß die Regierung auf diesen bedenklichen Ausweg verfallen werde. Man muß sich nur darüber wundern, daß es immer noch Leute gibt, die an dem alten Wahn festhalten, als könnten bedruckte Papierzettel durch einen bloßen Machtspruch der Regierung zu Geld gemacht werden. In früheren Zeiten ist das wiederholt versucht worden und hat stets zu totaler Zerrüttung der Staatsfinanzen wie der ganzen Volkswirtschaft in den betroffenen Ländern geführt. Schald es Ernst wurde, stellte sich jedesmal heraus, daß die bunten Zettel trotz aller Gesetze und Verordnungen eben doch nichts anderes waren als wertloses Papier.

Da bleibt denn als dritter Ausweg die alte bekannte Methode der Anleihe. Das Vaterland soll das Geld, das ihm seine besitzenden Söhne nicht geben wollen, von ihnen pumpen. Und merkwürdig, hierfür sind sie alle zu haben. Es läßt sich nicht bestreiten, wenn man die vielen Aufsätze und Artikel durchblättert, die in den letzten Monaten hierüber in der kapitalistischen Presse erschienen sind, da macht sich sogar so etwas wie eine Begeisterung für die Kriegsanleihe bemerkbar.

Also hätten wir ihnen doch Unrecht getan? Sie wollen das Geld ja geben, sei es auch in der Form des Borgs. Das kann man ihnen ja schließlich kaum verdenken, daß sie es später, wenn die Not vorüber, wiederholen wollen? Zunächst sind sie doch bereit, es herzugeben?

So einfach liegt die Sache leider nicht. Sie wollen das Geld borgen, aber **nur gegen gute Zinsen!** Ein Geschäft wollen sie machen mit dem Vaterlande. Nicht ums Vaterland sich verdient zu machen, ist ihr Begehr, sondern an ihm zu verdienen. „Natürlich müssen Kriegsanleihen mit dem Reizmittel eines hohen Zinses ausgestattet sein", lesen wir in einem Finanzblatt.

Aber das war doch 1870 auch der Fall. Für 80 M. sollen die Geldgeber 105 M. wiederbekommen, das sind nicht weniger als 31¼ Proz. Und dennoch zog es nicht. „Die Unterbringung der fünfprozentigen Anleihe des Norddeutschen Bundes ist damals trotz niedrigen Kurses nur sehr mangelhaft geglückt", so wird das im Jargon der Börsenpresse ausgedrückt. Was es auf Hochdeutsch heißt, zeigt die oben zitierte Aeußerung Bebels. Der „niedrige Kurs" bedeutet, daß für einen 100-Talerschein nur 80 Taler gezahlt zu werden brauchten, und die 5 Proz. wurden auf die nie gezahlten 100 Taler berechnet. Der stärkste Gewinn konnte diese „Patrioten" nicht reizen, solange sie Angst hatten, das Vaterland könne bei dem Krieg in die Patsche geraten. Erst als ein paar Schlachten gewonnen waren, also erst, als eine wirkliche Not des Vaterlands nicht mehr vorhanden war, erst als sie die Sicherheit hatten, daß sie das Geld mitsamt den 31¼ Prozent Zinsen auch wirklich wiederkriegen würden, erst da gaben sie es her.

Diese Sicherheit nur, die damals erst im Verlauf des Krieges sich einstellte — sagt die Finanzpresse — ist heute von vornherein vorhanden. Deshalb wollen die Erfahrungen von 1870 für die Gegenwart nichts besagen. Denn heute besitzt das Deutsche Reich ein sehr großes Vermögen, das von allen Wechselfällen des Krieges unabhängig ist. Selbst bei verlorenem Krieg würde es hinreichen, um die Schulden nebst Zinsen zu bezahlen. Und da sollte es bei den eigenen Staatsangehörigen keinen Kredit genießen?

Also, lieb Vaterland, kannst ruhig sein: Du hast ja Geld und Geldeswert; deine reichen „Söhne" zweifeln nicht, daß sich an an dir ein gutes Geschäft machen läßt. Da sollst du mal sehen, wie sie dir mit Geld unter die Arme greifen werden. Solche Sorte von „Opfern" bringen sie gar zu gern.

Marokko und Flottentreibereien.

Ueber den Fortgang der Marokkoverhandlungen berichtet die Vossische Zeitung: „Die Vorzeichen für die wohl Ende der Woche beginnenden neuen Verhandlungen stehen sehr freundlich. Diese werden zunächst wieder nur zwischen Herrn v. Kiderlen-Waechter und Herrn Cambon geführt werden. Das mag aus einem bestimmten Grunde noch einmal festgestellt werden. Morgen trifft nämlich der Reichskanzler Herr v. Bethmann-Hollweg in Berlin ein, und an diese Tatsache könnte sich im Zusammenhang mit den bekannten Treibereien gegen den Staatssekretär leicht die Vermutung knüpfen, daß nun er selbst die Führung der Verhandlungen mit Frankreich in die Hand nehmen wolle. Dies ist aber nicht der Fall. Der Aufenthalt des Reichskanzlers in Berlin ist nur auf wenige Tage bemessen und nicht lediglich durch die Marokkoverhandlungen veranlaßt, sondern gilt Besprechungen verschiedener Art und der Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten. Selbstverständlich wird Herr v. Bethmann-Hollweg auch Gelegenheit haben, sich mit dem Stand der deutsch-französischen Verhandlungen zu befassen, diese selbst aber wird, wie gesagt, Herr v. Kiderlen-Waechter dort wieder aufnehmen, wo sie unterbrochen worden sind."

Französische Auffassungen der Lage.

Aus der Pariser Presse ist der Eindruck zu gewinnen, daß man dort auf einen günstigen Fortgang der Marokkoverhandlungen rechnet. Die Kaiserrede wird Frankreich gegenüber als friedfertig aufgefaßt. Andrerseits wird der Schluß gezogen, daß das Hervorheben der deutschen Handelsinteressen im Wettbewerb mit anderen darauf schließen lasse, daß bei der Fortsetzung der Marokkoverhandlungen gerade in den wirtschaftlichen und Handelsfragen noch sehr große Schwierigkeiten zu überwinden wären. Außerdem spreche die Rede klar und deutlich aus, daß Deutschland den kurzen Waffenstillstand, den es in den Seerüstungen mit England geschlossen habe, abbrechen und nach dem Auftreten der Londoner Regierung wegen Agadir mit neuen Kräften an der Erstarkung seiner Flotte arbeiten werde, um Großbritannien die Seeherrschaft zu entreißen oder doch wenigstens streitig zu machen. So würden die Ausführungen des Kaisers auch in England aufgefaßt und deshalb sei nicht daran zu denken, daß zwischen Deutschland und England

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110830/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG